

Diskriminierung der Autofahrer beenden!

Freie Fahrt für Diesel!

Die AfD lehnt ideologische Fahrverbote kategorisch ab.

Die Besitzer von Dieselfahrzeugen dürfen nicht zu Sündenböcken für die Fehler der Politik gemacht werden!

Parkplatzabbau stoppen!

In den vergangenen 5 Jahren wurden in Hamburg tausende Parkplätze vernichtet. Anwohner und Umwelt leiden unter stetig steigendem Parkplatzsuchverkehr und dadurch entstehender Lärm- und Schadstoffbelastung. Bei Neubauten müssen ausreichend Parkplätze bereitgestellt werden.

ÖPNV durch kostenloses Park & Ride System stärken!

Die Einführung von Parkgebühren hat zu einer erhöhten Belastung von Anwohnerstraßen durch parkende Pendleraus geführt. U- und S-Bahn-Stationen benötigen sichere und trockene Fahrradstellplätze.

Verkehr muss fließen!

Wir fordern die Einführung von Bonuszahlungen für schneller fertiggestellte Verkehrsbaustellen und Strafzahlungen bei Verzögerungen.

Den Rückbau von Busbuchten an Haltestellen im Rahmen des "Busbeschleunigungsprogramms" lehnen wir ab. Durch das Halten der Busse auf der normalen Fahrbahn wird der fließende Verkehr mutwillig ausgebremst. Dies führt u.a. zu einer höheren Schadstoffbelastung der Anwohner.

Wir fordern mehr Ampelanlagen in den Nachtstunden abzuschalten.

Radwege mit Sinn und Verstand ausbauen!

Der Ausbau des Radwege-Netzes darf nicht einseitig zulasten anderer Verkehrsteilnehmer gehen. Radwegneubau darf kein Selbstzweck zur Erfüllung grüner Ideologie sein, sondern muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Verkehrstechnische Rot/Grüne Zwangsbeglückungen und Verbotsorgien lehnen wir entschieden ab.

Wohnraum muss bezahlbar sein!

Wohnen darf kein Luxus sein!

Der massive Zuzug in den vergangenen Jahren hat zu einer stark erhöhten Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt geführt. Vor allem bei Sozialwohnungen und vergleichsweise günstigen Wohnangeboten, übertrifft die Nachfrage das Angebot immer stärker.

Die Folge: Exorbitante Mietpreissteigerungen - die Miete frisst einen immer größeren Teil des Einkommens auf. Hält der Zuzug in diesem Ausmaß an, werden die Mieten weiter steigen.

Gerechte Vergabe von Wohnungen!

Keine Bevorzugung von irregulären Zuwanderern bei der Wohnungsvergabe. Auch schon länger hier lebende Familien sind oft auf geförderten Wohnraum angewiesen.

Nur anerkannte Asylbewerber mit Bleibeperspektive sollen in geförderten Wohnungen untergebracht werden.

Kleingärten bewahren!

Die Hamburger Tradition der wohnortnahen Kleingartenvereine darf nicht angetastet werden, grüne Lungen und Naherholungsgebiete für Familien und Rentner müssen erhalten bleiben.

Baukosten senken!

Durch Überregulierung, überzogene Bau-Normen und Dämmwahn sind die Bau- und Sanierungskosten in den vergangenen Jahren unnötig verteuert worden. Dadurch ist ein schnelles und kostengünstiges Bauen fast unmöglich geworden und Mieten steigen immer schneller. Der private Wohnungsbau konzentriert sich nur noch auf lukrative Luxusobjekte.

Neubaugebiete besser planen!

In Neubaugebieten ist eine angemessene Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Verkehrsanbindung und ärztliche Versorgung sicherzustellen.

Mega Projekt Oberbillwerder verhindern!

Stärkerer Einsatz für lokale Begehren, wie z.B. der Kampf gegen das Projekt "Oberbillwerder"

Verbrechen bekämpfen, Bürger schützen!

Ängste der Bürger ernst nehmen!

Die Polizei muss personell und finanziell besser ausgestattet werden, um die Sicherheit der Bürger wiederherzustellen.

Ordnungsdienst einführen!

Wir fordern die Wiedereinführung eines Bezirklichen Ordnungsdienstes in allen Bezirken. Verwahrlosung des öffentlichen Raums und die Entstehung von Angsträumen muss aufhören!

Extremismus bekämpfen!

Die staatliche Unterstützung linksextremer Zentren und Gruppen muss beendet werden. G20 darf sich nicht wiederholen, die ganze Härte des Gesetzes muss endlich auch bei linksextremen Straftaten wieder angewendet werden.

Projekt Oberbillwerder

Was ist geplant?

SPD und Grüne planen ein Megaprojekt auf der Fläche des ländlichen Stadtteils Billwerder. Die Planung ist rasch erstellt worden und soll mit der Brechstange vorangetrieben werden. Es sind ca. 7500 Wohnungen für ca. 20.000 Anwohner geplant. Ein Stadtteil, in dem ausschließlich glückliche Bewohner ohne Auto leben sollen und mit einem geliehenen Lastenfahrrad zum Einkaufen fahren. Bunte Vielfalt und zahlreiche Innovationen sollen das Stadtbild prägen. Ein Hallenbad soll gebaut werden, sofern sich ein Investor dafür findet. So zumindest die Theorie.

Warum ist die AfD gegen das Projekt Oberbillwerder?

- schlichte Ghettobildung wird befürchtet
- die Nebenkosten sollen sich auf ca. 100 Mio. Euro belaufen, man spricht schon von 150 Millionen., die Planungskosten betragen ca. 10. Mio. Euro. Viel Geld, welches mit vollen Händen ausgegeben wird
- der Investor bekommt eine fertige Baufläche, die Risiken tragen die Steuerzahler
- Wiesen und Felder werden mit Sand zugeschüttet, zahlreiche Säugetiere, Amphibien und Insekten verlieren ihre Lebensräume oder werden eingestampft.
- den Landwirten werden die seit Generationen gepachtete Flächen genommen
- Parkplätze an den öffentlichen Straßen sind nicht vorgesehen und das im Zeitalter von Mobilität! Wie soll z.B. eine Mutter ihre Kinder in die Kita fahren oder sich Senioren "Essen auf Rädern" bestellen?
- Stellplätze müssen zusätzlich in den Parkhäusern angemietet werden, was das Wohnen zusätzlich verteuert
- die S21 ist jetzt schon total überfordert, wie soll sie weitere 20.000 Anwohner verkraften?
- die Wartezeit bei Fachärzten wird noch länger. Viele Hausärzte haben jetzt schon Aufnahmestopp.
- neue Schulen und Kitas sollen entstehen, woher in Kürze das Personal dafür nehmen?
- Bauressourcen werden über Jahre vollständig im Bereich Oberbillwerder gebunden sein. Andere kleinere Projekte werden kaum realisierbar sein.
- alternative Vorschläge werden gar nicht erst angeschaut, die Planung ist wirr und schlecht durchdacht, es wird an einem Standort ohne ausreichende Infrastruktur gebaut.

Was schlägt die AfD vor?

Eine behutsame Nachverdichtung in Stadtteilen wo bereits eine gute Infrastruktur besteht wie Schulen, Kindergärten, Sportstätten und ärztliche Versorgung. Neubauten müssen sich in vorhandene Wohngebiete ästhetisch einfügen und müssen Ladezonen und Parkplätze vorweisen. Grünflächen und Erholungsgebiete dürfen dabei nicht zerstört werden. Kostentreibende Auflagen müssen reduziert werden und die Grund- und Grunderwerbssteuer gesenkt werden. Die AfD fordert mehr Sozialwohnungen zu bauen, die sich Bürger aus der Mittelschicht leisten können. Wir haben bereits mehr als genug unbezahlbare Luxuswohnungen!

Bergedorfs Identität bewahren!

Flüchtlinge auf die Rückkehr vorbereiten!

Bürgerkriegsflüchtlinge sind keine "Neubürger", sondern temporär Schutzberechtigte, welche nach Wegfall des Fluchtgrundes wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen.

Bildungsmaßnahmen müssen daher auf eine Förderung der Rückkehr und die im Heimatland benötigten Fähigkeiten ausgerichtet sein.

Keinen Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte.

Abgelehnte Asylbewerber sind umgehend in ihre Heimat zurückzuführen. Heute scheitern die Hälfte aller Abschiebungen und von den Abgeschobenen sind viele nach kurzer Zeit wieder da.

Leitkultur beginnt beim Essen!

Bratwurst und Schweineschnitzel müssen Teil der deutschen Esskultur bleiben. Die in einigen Schulen und Kindergärten gängige Praxis nicht-muslimischen Kindern ohne Alternative "Hallal-Speisen" zu servieren, lehnen wir ab.

An Schulen und Kindergärten angebotene Fleischgerichte müssen nach den deutschen Tierschutzgesetzen hergestellt sein.

Verhinderung von Parallelgesellschaften!

Vollverschleierung und ostentative Zeichen religiöser Abgrenzung haben an Bildungseinrichtungen und Kindergärten nichts verloren.

Liebenswertes Bergedorf

Bergedorf muss wieder sauber werden!

Bergedorf braucht eine Sondereinheit zu Bekämpfung von Vandalismus durch illegale Schmierereien und Aufkleber im öffentlichen Raum. Täter müssen zu deren Beseitigung herangezogen werden.

Historische Straßennamen erhalten!

Wir lehnen die Umbenennung von historischen Straßennamen ab. Eine kritische Auseinandersetzung mit Namensgebern bleibt davon unbenommen. Die Benennung neuer Straßen nach obskuren kaum bekannten Personen, aus "politisch-korrekten" Gründen oder zur Erfüllung von Quoten, lehnen wir ab.

Kunst- und Meinungsfreiheit erhalten!

Werbetreibende sollen weiterhin selbstbestimmt die Gestaltung ihrer Reklame entscheiden dürfen. Verbote für vermeidlich "sexistische" und politisch nicht "korrekte" Werbung erteilen wir eine klare Absage. Der Staat darf sich nicht als Geschmacksrichter aufspielen.

Unseren Soldaten den Rücken stärken!

Wir stehen zu unserer Bundeswehr. Öffentliche Gelöbnisse müssen in Hamburg möglich sein und dürfen nicht länger aus Angst vor linken Krawallen versteckt werden.

Indoktrinationsfreie Kitas und Schulen!

Kinder sollen sich in Kitas und Schulen frei entfalten können und zu mündigen Bürgern mit eigener Meinung erwachsen.

Politisch motivierte Indoktrination (z.B. Indianer-Kostüm-Verbot) lehnen wir ebenso ab, wie eine Frühsexualisierung durch Sexualpädagogik in Kindergärten.

Bürgerhäuser und Sportvereine stärken!

Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Bürgerhäuser und Sportvereine im Bezirk.

lukas.biernat@afd-hamburg.de